

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 864

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/2212

Qualitätssicherung in Antrags- und Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Brandenburg hat in der 6. Wahlperiode den Leitfaden für das Genehmigungs- und Anzeigeverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz herausgegeben. Als wichtige Vorgabe nach den genannten Gesetzen ist die Öffentlichkeitsarbeit benannt, dennoch gibt es in der Praxis scheinbar eine Reihe von Abweichungen.

Gemäß Artikel 24 der Verfassung des Landes Brandenburg hat jeder das Recht, „sich einzeln oder gemeinschaftlich mit Anregung, Kritik und Beschwerde an den Landtag, die kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften und jede sonstige staatliche oder kommunale Stelle zu wenden. Es besteht Anspruch auf Bescheid in angemessener Frist.

Ich frage die Landesregierung:

1. Können Online-Konsultationen die vorgeschriebene Öffentlichkeit der Erörterungen ersetzen, wenn davon ausgegangen werden muss, dass viele Einreicher von Einwänden sowie Petenten und Hinweisgeber nicht in der Lage sind, eine Online-Konsultation zu führen?

Zu Frage 1: Nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie (Planungssicherstellungsgesetz - PlanSiG) genügt eine Online-Konsultation nach § 5 Abs. 4 PlanSiG. Nach § 5 Abs. 4 PlanSiG werden für die Online-Konsultation den zur Teilnahme Berechtigten die sonst im Erörterungstermin zu behandelnden Informationen zugänglich gemacht. Ihnen ist innerhalb einer vorher bekannt zu machenden angemessenen Frist Gelegenheit zu geben, sich schriftlich oder elektronisch dazu zu äußern. Die zuständige Behörde hat geeignete Vorkehrungen dafür zu treffen, dass nur die nach den Sätzen 1 und 2 Berechtigten Zugang zu der Online-Konsultation haben. Die Genehmigungsbehörde wird bei abgesagten Erörterungsterminen rechtzeitig öffentlich bekanntgeben, in welcher Weise diesen Anforderungen Rechnung getragen werden soll.

2. Wie wird Öffentlichkeit in Erörterungs- und Abwägungsverfahren definiert und kontrolliert?

Zu Frage 2: Öffentlichkeit bedeutet, dass an einem Erörterungstermin die Einwendenden aber auch Personen teilnehmen können, die keine Einwendungen erhoben haben, sowie Medienvertreter. Gegenstand der Erörterung sind mithin generell die rechtzeitig erhobenen Einwendungen gegen die geplante Anlage. Der Termin soll denjenigen, die Einwendungen erhoben haben, die Gelegenheit geben, ihre Einwendungen zu erläutern. Kontrolliert wird dies durch eine Zugangskontrolle, bei der anhand einer Namensliste der Einwender geprüft wird, ob eine Person, die teilnehmen möchte, Einwendungen erhoben hat und damit Rede-recht hat. Auf der Grundlage des § 18 Abs. 1 der 19. BImSchV ist der Erörterungstermin grundsätzlich öffentlich, nur im begründeten Einzelfall kann die allgemeine Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Die Vorschrift enthält keine näheren Regelungen zum Vorliegen „besonderer Gründe“. Insbesondere kommen hier die Belange der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit in Betracht. In der aktuellen Pandemielage kann z. B. der Ausschluss der Öffentlichkeit zur Vermeidung von größeren Menschenansammlungen geboten sein.

3. Dem Petitionsrecht kommt entsprechend der Verfassung Brandenburgs eine flankierende Kontrollfunktion zu; zwar stellt es selbst kein Instrument parlamentarischer Kontrolle dar, jedoch dient es als „soziales Frühwarnsystem“ und ist „Hilfe parlamentari-scher Kontrolle“. Wann werden Eingaben und Hinweise an Ratsverwaltungen, Kom-munen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen wie Petitionen behandelt?

Zu Frage 3: Petitionen werden als solche behandelt, wenn Sie ein sachliches Vorbringen im Sinne von Art. 24 der Verfassung des Landes Brandenburg enthalten.

4. Muss eine Eingabe, Beschwerde, Einwendung mit „Petition“ überschrieben sein, um eine inhaltliche fachliche Antwort zu erhalten?

Zu Frage 4: Im Rahmen von immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren wird von der Genehmigungsbehörde unabhängig von der Überschrift jede Zuschrift, die innerhalb der Einwendungsfrist eingeht und ein sachliches Vorbringen gegen das Vorhaben enthält, als Einwendung behandelt. Diese Einwendungen werden in der Begründung der Genehmi-gungsentscheidung beantwortet, die öffentlich bekanntgemacht und den Einwendern auf Anforderung zugesandt wird.

Grundsätzlich wird jede Zuschrift an eine Behörde, die ein sachliches Vorbringen enthält, beantwortet. Nicht beantwortet werden in der Regel offene Briefe und Zuschriften, die sich auf unsachliche Behauptungen und Beleidigungen beschränken.

Als Petition wird jede Zuschrift im Sinne von Art. 24 Verfassung des Landes Brandenburg behandelt und durch das für die Bearbeitung von Petitionen zuständige Gremium der Insti-tution beantwortet.

5. In welchen Fällen steht Petenten, Einreichern von Eingaben und Einwänden keine in-haltliche Antwort zu?

Zu Frage 5: Zuschriften, die kein sachliches Vorbringen enthalten, begründen keinen An-spruch auf Beantwortung nach Art. 24 der Verfassung des Landes Brandenburg.

6. „Wer durch öffentliche oder private Vorhaben in seinen rechtlich geschützten Interes-sen betroffen wird, hat das Recht auf Verfahrensbeteiligung. Dieses Recht steht auch Zusammenschlüssen von Betroffenen zu“, heißt es in Art. 21 der Landesverfassung.

Wie wird daraus abgeleitet, dass Einreichen von Einwänden und Hinweisgebern keine fachlich begründete Antwort zusteht und bei Beteiligungen komplexer Genehmigungsverfahren mitunter ohne substantielle Antwort verfahren wird?

Zu Frage 6: Auf die Antworten zu Fragen 4 und 5 wird verwiesen. Jede Zuschrift, die ein sachliches Vorbringen enthält, wird im Rahmen der gesetzlichen normierten Verfahrensvorschriften beantwortet. Nach Art. 21 Abs. 5 der Verfassung des Landes Brandenburg hat, wer durch öffentliche oder private Vorhaben in seinen rechtlich geschützten Interessen betroffen wird, das Recht auf Verfahrensbeteiligung. Dieses Recht steht auch Zusammenschlüssen von Betroffenen zu. Das Nähere regelt ein Gesetz. Die gesetzliche Regelung ist im Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg (VwVfGBbg) sowie den spezialgesetzlichen Verfahrensvorschriften des Landes getroffen worden. Daneben gelten für Genehmigungsverfahren nach bundesgesetzlichen Vorschriften die jeweiligen Bundesgesetze und -verordnungen.

Die Verfahrensbeteiligung erfolgt im Rahmen der entsprechenden Verfahren nach den jeweils geltenden Verfahrensvorschriften.

7. Unter welchen Bedingungen sind Auslegungen und Erörterungen von Einwänden erneut öffentlich durchzuführen?

Zu Frage 7: Für immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren gelten die speziellen Regelungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und der Neunten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV). Wird das Vorhaben während eines Vorbescheidsverfahrens, nach Erteilung eines Vorbescheides oder während des Genehmigungsverfahrens geändert, so darf die Genehmigungsbehörde gem. § 8 Abs. 2 der 9. BImSchV von einer zusätzlichen Bekanntmachung und Auslegung absehen, wenn in den nach § 10 Absatz 1 auszulegenden Unterlagen keine Umstände darzulegen wären, die nachteilige Auswirkungen für Dritte besorgen lassen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn erkennbar ist, dass nachteilige Auswirkungen für Dritte durch die getroffenen oder vom Träger des Vorhabens vorgesehenen Vorkehrungen ausgeschlossen werden oder die Nachteile im Verhältnis zu den jeweils vergleichbaren Vorteilen gering sind. Betrifft das Vorhaben eine UVP-pflichtige Anlage, darf von einer zusätzlichen Bekanntmachung und Auslegung nur abgesehen werden, wenn keine zusätzlichen erheblichen oder anderen erheblichen Auswirkungen auf in § 1a genannte Schutzgüter zu besorgen sind. Ist eine zusätzliche Bekanntmachung und Auslegung erforderlich, werden die Einwendungsmöglichkeit und die Erörterung auf die vorgesehenen Änderungen beschränkt; hierauf ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.